

Stephanie Reinhold

Rede zum Haushaltsplan 2025

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren,

viele Fragen, die sich die Bürgerinnen und Bürger derzeit stellen, bleiben von der Politik unbeantwortet. Die Herausforderungen und Umbrüche, vor denen der Bund, das Land und die Kommunen stehen, sind groß, da sind schnelle und verlässliche Antworten nicht immer möglich, und einfache Antworten populistisch und unehrlich. Das verursacht bei den Bürgerinnen und Bürgern ein Gefühl der Unsicherheit und der Überforderung. Uns erschwert es die Planungen. Das spüren wir auch bei den diesjährigen Haushaltsberatungen. Dennoch ist der Haushaltsplan bei allen Unsicherheiten übersichtlich und nachvollziehbar. Das war keine leichte Aufgabe für die Kämmerei. Hinzu kam in diesem Jahr noch der Wechsel des Landrats. Deshalb herzlichen Dank an alle Beteiligten.

Die drängenden Fragen unserer Zeit sind grundlegend, umfassend und oft existenziell – sie betreffen alle Lebensbereiche:

- Was bedeutet die konjunkturelle Schwäche, aber auch die notwendige Transformation unserer Wirtschaft zur Klimaneutralität für unsere Region, für die Bürgerinnen und Bürger und die kommunalen Haushalte?
- Wie spüren wir die Auswirkungen der Klimakrise vor Ort? Wie können wir die Menschen besser vor den Folgen schützen und zugleich mehr für den Klimaschutz tun?
- Was können wir der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft entgegensetzen und wie können wir den Zusammenhalt stärken? Wie schaffen wir es, auch in Zukunft solidarisch zu bleiben?

In Zeiten großer Unsicherheit sind wir alle gefordert, unsere Verantwortung wahrzunehmen, um den Menschen Wege hin zu neuer Stabilität aufzuzeigen. Auch wir im Kreistag können dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Zwar können wir nicht alle Fragen beantworten und die Zukunft nicht voraussehen, doch wir können mutig und mit Zuversicht vorgehen und neue Wege aufzeigen.

Arbeiten wir gemeinsam an einer Politik, die den Menschen Sicherheit gibt und das Vertrauen in den Staat stärkt – und die gleichzeitig nachhaltige Perspektiven für unseren Landkreis eröffnet. Beginnen wir heute damit.

Dazu gehört für uns GRÜNE auch aufzuhören, immer wieder reflexartig auf andere politische Ebenen und deren Verantwortung zu verweisen. Gerade in Zeiten finanzieller Unsicherheit, globaler Krisen und zunehmender Bedrohungen für unsere Demokratie tragen wir alle gemeinsam Verantwortung dafür, dass unser Staat funktioniert. Kritik an unserem Staatsgefüge ist dort angebracht, wo sie etwas bewirkt – reine Fundamentalkritik an Bund und Land aber ändert nichts an den tatsächlich verfügbaren Mitteln und spielt letztlich nur extremen politischen Rändern in die Hände. Natürlich ist es unser Auftrag, im Land und Bund für eine angemessene finanzielle Ausstattung zu kämpfen, aber ebenso müssen wir als Landkreis unsere Verantwortung aktiv wahrnehmen.

Das Land ist im Grundsatz ein verlässlicher Partner, auch wenn die Erstattung der Unterbringungskosten für Geflüchtete zu langsam erfolgt. Hier sind wir uns einig: Das muss besser werden. Dennoch wäre es zielführender, wenn wir häufiger auf unserer Ebene beraten, wie wir als Landkreis für unsere Bürgerinnen und Bürger schneller, effizienter und wirkungsvoller handeln können. Eine gut organisierte Landkreisverwaltung stärkt das Vertrauen in den Staat und ist der beste Schutz gegen Rechtspopulismus.

Zur Haushaltslage des Landkreises: Die finanzielle Situation des Landkreises Esslingen stellt uns vor erhebliche Herausforderungen. Aber es ist nicht so, dass wir eine solche Situation nicht kennen und schon mehrmals erfolgreich gemeistert haben. Ja, die finanziell guten Jahre sind vorerst vorbei, aber wir haben unsere Hausaufgaben gemacht, unsere Infrastruktur ist weit überwiegend saniert, wir

wirtschaften auf hohem Niveau und haben genug „Polster“, und auch die schwierigen Jahre zu überstehen.

Im kommenden Haushalt 2025 müssen wir mit Bedacht planen und Schwerpunkte setzen. Unser Ziel ist es, Stabilität zu gewährleisten und die Zukunftsfähigkeit des Landkreises zu sichern. Dafür sind kreative Lösungen und ein verantwortungsvoller Umgang mit den Ressourcen gefragt.

Wir werden uns gemeinsam um einen Haushalt bemühen, der auch unter schwierigen Bedingungen die Bedürfnisse unserer Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellt. In diesem Sinne stellen wir auch unsere Anträge. Es handelt sich dabei überwiegend um Berichtsanträge, die zunächst keine zusätzlichen finanziellen Mittel erfordern, aber eventuell weitere Handlungen notwendig machen.

In Zeiten der Unsicherheit hält man oft am Bestehenden fest und scheut sich vor Veränderungen. Besitzstandswahrung ist angesagt. Die Chance, sich weiterzuentwickeln, neue Wege zu gehen und andere Lebensrealitäten zu schaffen, erscheint oft unerreichbar. Doch gilt es, genau dann zu sagen: „Entweder wir finden einen Weg, oder wir machen einen!“

Ich spreche von Inklusion – einem Thema, das uns GRÜNEN besonders am Herzen liegt und das in unserem Landkreis bislang nicht ausreichend verwirklicht ist. Auch in den aktuellen Haushaltsberatungen droht es, wieder hinter einer Wand aus Zahlen zu verschwinden. Um die Debatte klarer zu machen, stellen wir deshalb mehrere Berichtsanträge zum Thema Inklusion:

1. **Inklusion in der frühkindlichen Bildung:** Gemeinsame frühkindliche Bildung und Betreuung sollte für alle Kinder zugänglich sein – unabhängig von ihren individuellen Bedürfnissen. Eine inklusive Kita ist das Recht eines jeden Kindes und entscheidend dafür, die Lebensbedingungen von Eltern von Kindern mit und ohne Behinderung anzugleichen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern. Wir beantragen daher einen Bericht zur aktuellen Situation der inklusiven frühkindlichen Bildung im Landkreis.

2. **Ganztagsbetreuung an Sonderpädagogischen Bildungs- und**

Beratungszentren (SBBZ): Ab dem Schuljahr 2026/2027 haben Kinder ab der ersten Klasse an den SBBZ Anspruch auf Ganztagsbetreuung inklusive Ferienbetreuung. Uns ist wichtig, dass dieser Anspruch qualitativ hochwertig und nachhaltig umgesetzt wird. Dafür soll die Verwaltung zusammen mit den Lehrkräften ein tragfähiges Konzept erarbeiten. Wir beantragen einen Bericht, wie der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in den SBBZ umgesetzt wird.

Die Einführung der Ganztagsbetreuung wird den ohnehin hohen Raumbedarf an den SBBZ weiter steigern. Schon heute sind die räumlichen Kapazitäten aufgrund steigender Fallzahlen knapp. Diese Situation zeigt deutlich, dass mehr Engagement in Maßnahmen zur Inklusion erforderlich ist.

Containerlösungen können nur eine Zwischenlösung sein; unser Ziel muss echte Inklusion sein, damit Kinder vermehrt in der Nähe ihres Wohnorts zur Schule gehen können. Außenklassen könnten hier Teil der Lösung sein, denn sie ermöglichen eine Beschulung im gewohnten Umfeld der Kinder. Es ist nicht hinnehmbar, dass gerade die Jüngsten mit Förderbedarf die längsten Schulwege haben.

- ## 3. **Übergang von Schule in den Beruf:** Wir beantragen zudem einen Bericht zur Unterstützung von Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf beim Übergang von der Schule ins Berufsleben. Vor dem Hintergrund der UN-Behindertenrechtskonvention und der weiteren Umsetzung der Inklusion ist es wichtig, auch die berufliche Teilhabe von Menschen mit Förderbedarf zu fördern. Dieser Bericht soll Aufschluss über die Situation der Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit besonderem Förderbedarf geben, damit gezielte Unterstützungsmaßnahmen weiterentwickelt werden können.

Lassen Sie uns gemeinsam den Weg gehen, inklusive Angebote für Kinder und junge Erwachsene im Landkreis Esslingen auszubauen. So unterstützen wir nachhaltig Eltern von Kindern mit Behinderung, geben ihnen Sicherheit und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Auch mit einem weiteren Antrag setzen wir uns für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ein. Das soziale Miteinander in unseren Städten und Gemeinden ist ohne Ehrenamt kaum vorstellbar – mehr als 5 Millionen Menschen in Baden-Württemberg engagieren sich bereits. Wir möchten das Ehrenamt stärken und sicherstellen, dass Menschen weiterhin gerne Verantwortung übernehmen. Hier ist auch der Landkreis gefragt, etwa durch eigene Motivationsprogramme oder die Teilnahme am Projekt „Ehrenamtskarte“ der Landesregierung. Eine nachhaltige Stärkung des Ehrenamts erfordert die enge Zusammenarbeit von Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltung und Politik.

Einen weiteren Berichts Antrag stellen wir zum Thema Migration und Integration. Das Landratsamt Esslingen ist zum einen als untere Aufnahmebehörde für die Unterbringung der Geflüchteten zuständig. Zum anderen hat es auch eine integrationsrelevante Rolle im Rahmen des Ausländeramtes und der Einbürgerungsbehörde. Denn sie ist zuständig für die Einbürgerung und behandelt somit die rechtliche Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte. Einer erfolgreichen Einbürgerung gehen intensive Integrationsbemühungen voraus. Diese sichtbarer zu machen, ist für die gesellschaftliche Akzeptanz von großer Bedeutung.

Außerdem beantragen wir die Beratung und Unterstützung für gewaltbetroffene Frauen und Kinder abzusichern. Dazu soll der jährliche Zuschuss für die Beratungsstelle Frauen helfen Frauen Esslingen e.V. um 10.000 € aufgestockt werden. Und zudem sollen die Empfehlungen der Fachverbände zum Personalschlüssel bei den Tagessatzverhandlungen 2025 für die Frauenhäuser von Frauen helfen Frauen e.V. im Landkreis berücksichtigt werden, mit dem Ziel den Fachkräfteschlüssel zu erhöhen.

Um das Thema Fachkräfte geht es auch in regelmäßigen Abständen bei der Landkreisverwaltung, und deshalb stellen wir auch hier zwei Anträge zu Personalerhalt und Personalgewinnung:

1. Mit dem Umzug in den Neubau des Landratsamts in den Pulverwiesen Ende 2025 wird sich der Arbeitsalltag vieler Mitarbeitenden stark verändern. Damit die Umstellung auf das „papierlose Büro“ gelingen kann, ist eine gute

Vorbereitung des Personals auf die neue Arbeitswelt wichtig. Dazu gehören insbesondere Qualifizierungen im IT-Bereich. Gezielte Fortbildungsangebote beugen einer möglichen Überforderung vor und dienen somit auch dem Personalerhalt. Wir möchten wissen, wie die Mitarbeitenden auf die neuen Arbeitswelten vorbereitet werden.

2. Das neue Gebäude des Landratsamts bietet viele Chancen. Neue, moderne Arbeitswelten machen den Landkreis als Arbeitgeber noch attraktiver. Wir wollen diese Chance nutzen und damit gezielt neue Mitarbeitenden für die Landkreisverwaltung gewinnen. Dafür soll eine frische Kampagne zur Personalgewinnung beauftragt oder hausintern entwickelt werden. Diese soll dann mit dem Einzug in das neue Gebäude ausgerollt werden.

Im Ausschuss für Technik und Umwelt werden wir im Rahmen der Haushaltsberatungen keinen eigenen Antrag einbringen, möchten jedoch einige wichtige Punkte anmerken:

- **Energiewende voranbringen:** Die Energiewende gewinnt spürbar an Dynamik, sowohl bei Unternehmen als auch in privaten Haushalten. Diese Offenheit für energetische Maßnahmen sollten wir aktiv unterstützen. Ein zentraler Hebel ist die gezielte Förderung und strukturelle Weiterentwicklung unserer Klimaschutzagentur. So können wir schneller, passgenauer und nachhaltiger auf die Bedürfnisse unserer Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen eingehen – ein entscheidender Schritt, um unsere Klimaziele zu erreichen.
- **Nachhaltigkeit fest verankern:** Die Bedeutung von Nachhaltigkeit sollte sich auch in der Struktur des Landratsamts und Kreistags widerspiegeln. Wir erwarten daher eine Umstrukturierung der Landkreisverwaltung sowie eine Anpassung der Ausschüsse. Die Steuerung des Landkreises auf Grundlage der Nachhaltigkeitsziele, wie bereits 2022 beschlossen, ist ganz klar unsere Erwartung.

- **Transparente und kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit:** Eine aktive und fortlaufende Kommunikation mit der Bevölkerung ist essenziell. Eine einmalige Information, wie etwa eine einzelne Pressemeldung, reicht nicht aus. Ein positives Beispiel ist die Einführung der Bürgerdienste beim Abfallwirtschaftsbetrieb. Die Digitalisierung geht voran, doch unser Anspruch muss sein, alle Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen, damit niemand den Anschluss verliert. Die Kreisverwaltung sollte als serviceorientierte und transparente Behörde auftreten, die den Menschen stets im Blick hat.

Noch eine Anmerkung zur weiteren Entwicklung der Abfallgebühren. Die steigenden Kosten für die Entsorgung sowie höhere Personalkosten machen eine Gebührenerhöhung notwendig. Doch scheint uns die Anpassung maßvoll und angemessen zu sein, um auch zukünftig eine zuverlässige und nachhaltige Abfallwirtschaft sicherzustellen. Die GRÜNE Kreistagsfraktion wird daher der Anpassung im weiteren Verlauf der Sitzung zustimmen.

Bei der Haushaltseinbringung hat Herr Landrat Musolf zu recht gesagt, dass der Haushalt mehr sein muss als das häufig zitierte „Feilschen um die Kreisumlage“. Das stimmt, und dennoch bleibt am Ende zwangsläufig immer diese Frage übrig.

Bei der Einbringung des Haushalts hat die Landkreisverwaltung einen Hebesatz in Höhe von 33,4 % vorgeschlagen. Der Hebesatz liegt somit zwar 1,9 Prozentpunkte über dem Vorjahr, der finanzielle Spielraum des Landkreises bleibt dennoch minimal.

Es ist klar erkennbar, dass hier der Wille von Seiten des Landkreises vorhanden ist, eine faire und tragfähige Vereinbarung zu finden, die die Interessen sowohl des Landkreises als auch der Kreiskommunen berücksichtigt. Uns, der GRÜNEN Kreistagsfraktion, ist sehr wohl bewusst, dass die Kommunen aktuell vor großen finanziellen Herausforderungen stehen. Deshalb ist es auch unser Ziel, eine Lösung zu finden, die beiden Seiten gerecht wird und die uns durch diese unsicheren Zeiten bringt.

Aber ein großes Anliegen unserer Fraktion ist und bleibt die finanzielle Stabilität des Landkreises. Wir sehen mit Sorge auf die hohe Verschuldung, und besonders auf die Kassenkredite, die unseren Haushalt zunehmend belasten. Diese Kredite werden zu hohen Zinsen aufgenommen, nur um Liquiditätsengpässe zu überbrücken – ein

teurer und wenig nachhaltiger Weg. Eine höher bemessene Kreisumlage könnte diese Schieflage im Kreishaushalt entschärfen und die Liquidität des Landkreises sichern.

Aus diesem Grund begrüßen wir die geplante Klausur des Verwaltungs- und Finanzausschusses im Februar 2025. Sie bietet uns allen die Chance, gemeinsam nach Wegen zu suchen, wie in Zukunft die Finanzierung des Landkreises fair und tragfähig gestaltet werden kann. Für das kommende Haushaltsjahr unterstützen wir den Vorschlag der Landkreisverwaltung, den Hebesatz in Höhe von 33,4 % festzusetzen.

Abschließend ein paar Worte zu unseren Kreiskliniken: Die MediusKliniken spielen eine zentrale Rolle in der Gesundheitsversorgung des Landkreises Esslingen. Dass der Kreishaushalt nicht durch große Defizite der Kreiskliniken belastet wird, wie in den Landkreisen um uns herum, verdanken wir der klugen Politik der letzten Jahre. Die notwendigen, aber auch unbequemen Entscheidungen der Standortschließung in Plochingen war aus heutiger Sicht richtig. Der Erfolg der MediusKliniken, die sowohl medizinisch als auch wirtschaftlich gut aufgestellt sind, bestätigt im Nachhinein die getroffenen Entscheidungen. Unser Ziel ist es, die hohe Qualität der Patientenversorgung auch für die Zukunft sicherzustellen und weiterzuentwickeln.

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren,

zusammenfassend möchte ich betonen, dass wir uns den großen Herausforderungen unserer Zeit mit Mut und Verantwortung stellen. Der vorliegende Haushalt mag die derzeitige Unsicherheit widerspiegeln, doch er ist zugleich ein klares Bekenntnis dazu, die Zukunft unseres Landkreises aktiv und vorausschauend zu gestalten.

Wir alle, sowohl Verwaltung als auch Kreistag, tragen die Verantwortung, den Menschen in unserem Landkreis neue und verlässliche Stabilität, Zuversicht und Perspektiven zu geben. Unsere Anträge und Vorschläge sollen dabei als konstruktive Beiträge verstanden werden, die vor allem das Wohl der Bürgerinnen und Bürger im Blick haben.

Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen und uns weiterhin für eine soziale, nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung unseres Landkreises einsetzen.